

krise« im Mittelpunkt. In neun Beiträgen geht es vom Bekenntnis zu Europa über die Euroturbulenzen, die (Nicht-) Einwarderungspolitik, den Rohstoffhunger, Renationalisierungstendenzen und Supermachtphantasien, die EU-Mitgliedschaft der Türkei bis zum Thema »Quo vadis EU: Friedensmacht oder Militärmacht?«. Dem Schwerpunkt vorgeschaltet wurde aus aktuellen Gründen ein Kapitel »Aufbruch in der arabischen Welt«, in dem politische und soziale Hintergründe der Aufstände, die Rolle der Medien und die EU-Mittelmeerpolitik beleuchtet werden. Die Einzelanalysen des Friedensgutachtens wurden Ende März abgeschlossen, die Stellungnahme der HerausgeberInnen Anfang Mai, die Entwicklung in den arabischen Ländern war also schwer einzuschätzen. Vor diesem Hintergrund ist es schon interessant, dass der analytische Teil auch in einer Nachbetrachtung sehr lesenswert ist. Am Beispiel Libyen werden aber auch unterschiedliche Positionen deutlich. Die HerausgeberInnen kritisieren die Enthaltung der Bundesregierung bei der Abstimmung zur UN-Resolution, begründen dies aber unterschiedlich: Die einen monieren, »dass Berlin damit die UNO nicht gestärkt hat und namentlich dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht das gebührende Gewicht beimäß«, und dass es sich gegen seine Verbündeten im Westen stellte. Die anderen befürchteten eine »unkalkulierbare militärische Eskalation«, in deren Folge der »Schutz von Zivilisten« verfehlt werde. Sie kritisieren das »Fehlen jeder proaktiven Diplomatie, sei es für einen raschen Waffenstillstand in Libyen oder sei es für das hohe Ziel europäischer Geschlossenheit«. (S. 139) Dem-

entsprechend fordern die HerausgeberInnen zwar eine »sofortige Waffenruhe« und die Aufnahme sofortiger Verhandlungen ohne Vorbedingungen, »da der Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang hat« (S. 5f), ihre Kritik an der sehr unpräzisen UN-Resolution und den NATO-Bombardements ist aber zurückhaltend: »Der angestrebte Regimewechsel überdehnt das Prinzip des Schutzes der Zivilbevölkerung [...] Wir warnen vor den Risiken einer Entgrenzung des Krieges.« (S. 5)

In einem dritten Kapitel, »Interventionen ohne Ende?«, ziehen die AutorInnen eine durchweg kritische Bilanz der UN-Blauhelmeinsätze und der Interventionen in Afghanistan, Irak, Sudan und der Elfenbeinküste sowie der Politik des externen »Statebuilding« in Haiti. Im vierten und letzten Kapitel, »Militär Macht Rüstung« geht es um

- die Grundsatzfrage: Macht Militär Ordnung und Sicherheit?,
- das neue Strategische Konzept der NATO,
- die Bundeswehrreform,
- die maritime Aufrüstung der Schwellenländer,
- die NATO und Abrüstung: Wie passt das zusammen?,
- die Raketenabwehr in Europa, und
- die Gefahren der Robotisierung der Streitkräfte.

In der Stellungnahme der HerausgeberInnen zu diesen beiden Kapiteln hätte ich mir an einigen Stellen eine deutlichere Sprache gewünscht. Nur festzustellen, dass die USA in den pakistanischen Grenzregionen »einen völkerrechtlich kaum zu rechtfertigenden Krieg mittels Drohnen« führen

(S. 19), ist zu wenig angesichts der Tatsache, dass »die Anzahl unbemannter Luftfahrzeuge in den Arsenalen der (US-) Streitkräfte zwischen 2003 und 2009 von unter 100 auf inzwischen mehr als 7.000« gestiegen ist (S. 356). Dies gilt umso mehr angesichts der Kriegsführung in einem Drittland, verbunden mit der Tötung zahlreicher Zivilisten (siehe Dokumentation des UN-Sonderberichterstatters Philip Alston, »Gezielte Tötungen«, in W&F 1-2011, S. 17-21).

An anderer Stelle heißt es: »Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus konnten die USA einen wichtigen Erfolg erzielen, als sie Osama bin Laden in seinem Versteck ausfindig machten. Allerdings wurde die Chance verpasst, den Anführer von al Qaida gefangen zu nehmen und vor ein Gericht zu stellen. Das hätte dem rechtsstaatlichen Prinzip Genüge getan und zivilisatorisch gewirkt [...]«. (S. 25) Mord darf man auch mal Mord nennen. Vor allem aber wird nicht einmal die Frage gestellt, warum die USA bin Laden nicht vor Gericht stellen wollten.

Klare Worte der HerausgeberInnen dagegen in ihrer Positionierung zur Bundeswehrreform: »Wir lehnen die seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994 schleichend begonnene Umformung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee, die jetzt institutionalisiert werden soll, ab.« (S. 30)

Jürgen Nieth



Irmgard Heilberger und Barbara Lochbihler (Hrsg.), (2010): **Frau Macht Veränderung. 15 Jahre Pekinger Weltfrauenkonferenz – 15 Jahre Frauenfriedenszug: Bilanzen und Perspektiven.** Brüssel: Grüne/EFA im Europäischen Parlament und Berlin: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. 148 S.

Unter dem Motto »Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden« fand im September 1995 in Peking die Vierte Weltfrauenkonferenz statt. Das Ergebnis der Konferenz war eine so genannte Aktionsplattform. Dieser Forderungskatalog wurde mithilfe von Nichtregierungsorganisationen ausgearbeitet und von 189 Staaten im Konsens verabschiedet. Die Staaten verpflichteten sich, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern, die Rechte der Frauen zu schützen, die Armut von Frauen zu bekämpfen, Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung zu verfolgen und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem abzubauen. 15 Jahre danach ziehen internationale Politikerinnen, Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen Bilanz.

Was ist geworden aus den Beschlüssen des bis dato größten weltweiten Frauentreffens? Warum ist die Armut weiblich geblie-

ben? Wieso wird heute mehr Geld in die Rüstung gesteckt als jemals zuvor, während für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit die Ressourcen knapp sind? Die Autorinnen beschäftigen sich zudem mit ethnischen Minderheiten, Migrantinnen, feministischer Bewegung, sexualisierter Gewalt in Kriegen und nicht zuletzt mit dem Friedenszug, der im Jahr 1995 über 200 Frauen von Helsinki zur Peking Konferenz brachte.

In ihrem einleitenden Beitrag wirft Barbara Lochbihler einen »Blick zurück nach vorn«. Seit den 1990er Jahren haben sich die weltpolitischen Konstellationen verschoben, und viele Forderungen und Themen von damals wurden teilweise in UN-Dokumente verankert. Dennoch gibt es für die (Frauen-) Friedensgruppen wenig Grund, ihre Arbeit einzustellen. Lochbihler meint, dass sogar die Forderungen gleich geblieben sind: Kriegerische Auseinandersetzungen sollen durch Verhandlungen, Menschenrechtsschutz und Stär-

kung des internationalen Rechts verhindert werden.

Mit den Fortschritten im Bereich »Frauen, Frieden und Sicherheit« befasst sich ausführlich Sam Cook. In ihrem Artikel geht es um die Bedeutung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit und die Folgeresolutionen. Gleichwohl zeige die Praxis, dass Frauen die Leitlinien der Friedens- und Sicherheitspolitik noch immer nur selten mitbestimmen können. Genauso wie Eva-Britt Svensson (»Gesucht: Frau in Führungsposition, Bereich Sicherheit«) betont Sam Cook, dass es wichtig sei, Frauen aus der Opferrolle zu holen.

Zur Situation im ehemaligen Jugoslawien schreibt Svedije Ahmeti (»Jenseits von Ethnien«). In der Balkanregion sind Frauen von den vielen Problemen besonders betroffen. Sie sind mit Armut, Hass, Nachkriegssyndromen, Nationalismus, halb-demokratischen Zuständen und der ungleichen Umsetzung von Wiederaufbauprogrammen konfrontiert. Pinar Selek (»Gegen die Wand der Männlichkeit«) beschäftigt sich mit der Bedeutung des Feminismus und der Frauen im Kurdenkonflikt. Die Verfasserin plädiert für die neuen feministischen Bewegungen, die an Alternativen arbeiten und eine freiheitliche Gesellschaft schaffen wollen.

Über den Peace Train, der ca. 200 Frauen »Von Helsinki nach Peking« brachte, berichtet Irmgard Heilberger, Vorsitzende der deutschen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF). Sie beklagt, dass die in der Pekinger Konferenz versprochenen Ziele soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden bis heute nicht umgesetzt wurden.

Mit der Umsetzung von Minderheitenrechten und ihrem Verhältnis zu den Menschenrechten setzt sich Svetlana Gannushkina ausführlich auseinander (»Zweifelhafte Traditionen«). Am Beispiel Tschetschenien zeigt sie, wie die Traditionen und religiösen Bräuche mit Füßen getreten werden. Laut Völkerrecht aber ist der Staat verpflichtet, jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht zu geben, »frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht«. Gannushkina zeigt auf, dass die derzeitigen Migrationsprozesse sehr schnell verlaufen und die Integration nicht mithalten kann. Die neu Angekommenen bilden demzufolge isolierte Gruppen, die nach unterschiedlichen Regeln leben. Jean Lambert (»Pflegehelferin statt Krankenschwester«) schildert die Situation von Migrantinnen in der Europäischen Union. Um die prekären Lebensverhältnisse von Migrantinnen zu verbessern, schlägt sie eine Reihe von Maßnahmen vor. Welchen Beitrag die EU leis-

ten kann, um Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen, schildert Lívía Járóka anhand der Situation der osteuropäischen Roma (»Alte Entbehrung und neue Armut«).

Im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele soll die extreme Armut bekämpft und Gleichstellung gefördert werden. Frauen sind inzwischen weltweit zwar etwas besser gestellt als früher, von Gleichstellung kann aber nicht die Rede sein. Die Geschlechterdiskriminierung ist weit verbreitet, Frauen verdienen grundsätzlich weniger als Männer und leiden unter brutaler Gewalt in Friedens- wie in Krisenzeiten, wie bei Krishna Ahoopatel nachzulesen ist (»Gläserne Barrieren«). Warum Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung Hand in Hand gehen müssen, zeigt Barbara Unmüßig mit Blick auf weibliche Armut (»Armut bleibt weiblich«).

Mit der nuklearen Abrüstungspolitik und dem Fakt, dass diese besonders Frauen betrifft, setzt sich Felicity Hill auseinander (»Werkzeuge des Völkermords«). Über die Folgen des Kraftwerksunfalls von Tschernobyl und die derzeitige Energiepolitik in der Ukraine schreibt Rebecca Harms (»Die andauernde Katastrophe«).

Mit dem Rückblick auf die Pekinger Konferenz analysiert der von Irmgard Heilberger und Barbara Lochbihler herausgegebene und ansprechend aufgemachte Sammelband einzelne Forderungen von damals sowie die gegenwärtige Politik und macht Vorschläge für die Umsetzung der gesetzten Ziele. Das Buch ist auch deshalb von Bedeutung, weil es gerade im deutschsprachigen Raum einen Mangel an Publikationen gibt, die sich internationalen, frauenspezifischen und frauenpolitischen Themen widmen. Darüber hinaus besitzt das Buch eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz, da seine einzelnen Beiträge auch für Frauennetzwerke, MenschenrechtlerInnen wie für die EntscheidungsträgerInnen, die sich für die Umsetzung der Frauenmensenrechte in allen Politikfeldern einsetzen, wichtig sein dürften.

Jagoda Rosul-Gajic

Annotationen

Fritz Erdlinger (Hrsg.) (2011): **Libyen. Hintergründe, Analysen, Berichte**. Wien: Promedia Verlag, ISBN 978-3-85371-330-3, 224 S., 15,90 Euro

Mit Beiträgen von Karin Leukefeld, Peter Strutynski, Thomas Hüsken, Konrad Schliephake, Gerd Bedszent, Awni al Ani, Stefan Brocza u.a.

Der Band beleuchtet die Hintergründe des libyschen Machtkampfes und versucht, Antworten auf die brennendsten Fragen zu geben: Wie kam es dazu, dass ein ursprünglich revolutionäres, antikolonialistisches Projekt der Herrschaft des Volkes zu einer Diktatur über das Volk verkommen ist? Was ist vom neuen Libyen zu erwarten? Kommt es gar zu einer Teilung des Landes? Und welche Interessen vertritt der Westen tatsächlich mit seinen Bomben und Marschflugkörpern? Das primäre Ziel der Publikation ist es, wichtige Aspekte der jüngeren Geschichte Libyens zu analysieren, zentrale Merkmale der ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation zu charakterisieren, die Interessen verschiedener Machtzentren im Land und wichtiger externer Mächte zu beschreiben und mögliche Entwicklungsszenarien für die kommenden Jahre zu präsentieren.

Albert Fuchs (2011): **»Für Recht und Frieden«? Beiträge zum pazifistischen Widerspruch**. Belm-Osnabrück: Sozio-Publishing, ISBN 978-3-935431-12-7, 348 S., 24,80 Euro

Seit dem Ende des Kalten Krieges steht eine erweiterte Remilitarisierung Deutschlands auf der Agenda führender Militärs und jeder Bundesregierung – manchmal eher verdeckt und Schritt für Schritt betrieben, manchmal ganz offen und vom medialen Mainstream unreflektiert als »Normalisierung« schöngeredet oder gar begrüßt. In der Folge ist die Berliner Republik seit gut zehn Jahren nahezu ununterbrochen in völkerrechtlich und politisch-moralisch hoch umstrittene Angriffskriege verstrickt. Zurzeit bahnt sich die ultimative Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer »Armee im Einsatz« an, d. h. zu einer Armee in andauerndem Krieg. Das Einführungskapitel des vorliegenden Sammelbandes setzt sich kritisch mit dieser Entwicklung auseinander, insbesondere mit den dazugehörigen Rechtfertigungsmustern. Die in den weiteren Kapiteln abgedruckten Beiträge zum Thema Krieg und Frieden entstanden überwiegend im Rahmen der Mitarbeit des Autors im Redaktionsteam der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden*; die meisten wurden auch in